

## Mietpreisbremse sorgt für Streit in Hamburg



Noch vor der Einführung der Mietpreisbremse gibt es in der Hansestadt Ärger um sie

Foto: Ole Spata / dpa

Der Grundeigentümerverband droht bei flächendeckender Einführung aus dem "Bündnis für das Wohnen" auszusteigen. Mieterverein erneuert Forderung.

Hamburg. Noch vor der Einführung der Mietpreisbremse gibt es bereits Streit in Hamburg. Der Grundeigentümerverband drohte am Freitag, aus dem "Bündnis für das Wohnen" auszutreten, falls die Mietpreisbremse in Hamburg flächendeckend eingeführt werden sollte. Dagegen erneuerte der Mieterverein seine Forderung, die Preisbremse so schnell wie möglich in ganz Hamburg vorzuschreiben.

Der Senat will das im Bündnis besprechen. Darin sind auch die Mietervereine und die Wohnungswirtschaft. Das nächste Treffen soll noch im März sein, kündigte die Behörde für Stadtentwicklung an.

Der Bundestag hatte am Vortag die Mietpreisbremse beschlossen. In Gebieten mit angespanntem Markt soll sie einen rasanten Anstieg der Mieten begrenzen. Drastische Mietsprünge gibt es vor allem in vielen Groß- und Universitätsstädten. Bisher gibt es eine Kappungsgrenze für Mieterhöhungen bei vermieteten Wohnungen. Diese gilt aber nicht für neue Mietverträge. Wo die neue Regelung gelten soll, können die Bundesländer selbst festlegen.

### Grundeigentümerverband droht mit Ausstieg

Der Vorsitzende des Grundeigentümerverbandes, Heinrich Stüven, sagte dem Radiosender NDR 90,3 für den Fall einer flächendeckenden Geltung der Mietpreisbremse: "Dann werden wir aus dem Bündnis fürs Wohnen aussteigen müssen." Nur viele Neubauten würden die Mieten langfristig senken. Im TV-Sender Hamburg 1 warnte Stüven davor, die Grünen könnten in den laufenden Koalitionsverhandlungen Druck auf die SPD aufbauen, die Mietpreisbremse in ganz Hamburg einzuführen.

Der Geschäftsführer des Mietervereins, Siegmund Chychla, forderte den Senat auf, nicht auf das Ende der Koalitionsverhandlungen zu warten. Jetzt müsse alles

vorbereitet werden, damit die Verordnung in Hamburg zeitgleich mit dem Gesetz im Juni in Kraft treten könne. "Wir gehen davon aus, dass die Mietpreisbremse den Hamburgern jährlich Mietkosten in Höhe von 20 bis 25 Millionen Euro ersparen könnte." Seinen Austritt aus dem Bündnis habe der Grundeigentümerverband wiederholt angedroht, sagte Chychla. "Jetzt damit zu drohen, wo es noch nicht einmal eine Verordnung für Hamburg gibt, ist aber nicht seriös."

### **Möglichst schnelle Umsetzung angekündigt**

Die Stadtentwicklungsbehörde hat angekündigt, das Gesetz möglichst schnell umzusetzen. Dabei ist allerdings offen, für welche Stadtteile die Regelung gelten wird. Dort darf dann die neue Miete nach einem Mieterwechsel künftig maximal zehn Prozent über dem ortsüblichen Niveau liegen. Dieses Thema werde im Mittelpunkt der Beratungen stehen, wenn sich das Bündnis im März treffe, hieß es.

Die Bürgerschaft hatte auf Antrag der SPD-Fraktion im September 2014 beschlossen, dass der Senat die Mietpreisbremse nach Beratungen im "Bündnis für das Wohnen" rasch einführen solle. Zum Geltungsbereich hieß es, die Lage auf dem Hamburger Wohnungsmarkt werde "insgesamt als angespannt" eingestuft. Die SPD-Fraktion hatte darum damals eine landesweite Einführung gefordert. Die Fraktion der Grünen hatte dem Antrag auch zugestimmt.